



## Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 642

Mittwoch, 18. Oktober 2017

24. Jahrgang

### Inhaltsverzeichnis

Arzú finanzierte seine Partei PU über den (verstorbenen) Gefängniskönig Byron Lima.....	1
Neuer Präsident des Obersten Gerichtshofs ist José Pineda Barales.....	3
Der neue Gesundheitsminister untergräbt die Anti-Korruptions-Einheit seiner Vorgängerin.....	4
Auf dem Weg zu Kontrollinstanzen über die Wahlkampffinanzierung.....	5
Jimmy Morales lehnt die Rücktritte der drei MinisterInnen ab, so bleiben sie im Amt.....	5
Rezension: Eva Kalny „Soziale Bewegungen in Guatemala – eine kritische Theoriediskussion“ .....	6

### Arzú finanzierte seine Partei PU über den (verstorbenen) Gefängniskönig Byron Lima

*Der Sohn des ex-Präsidenten und aktuellen Bürgermeisters Álvaro Arzú Escobar (Abgeordneter der PU) schrie in den letzten Monaten, in denen die Bevölkerung gegen die Korruption und Straffreiheit einiger Kongressabgeordneter auf die Strassen ging, besonders laut auf. Nun zeigt sich, warum er so empfindlich reagierte. Offenbar hat sich sein Vater und dessen Hauptstadtverwaltung in den vergangenen Jahren recht eng mit dem – inzwischen verstorbenen – Gefängniskönig Byron Lima eingelassen und versucht, für seine Partei Gelder zu requirieren. MP und CICIG beantragten die Aufhebung seiner Immunität wegen Veruntreuung von öffentlichen Geldern, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Bestechung. Ein Ende der Skandale ist irgendwie nicht in Sicht, so scheint es.*

**Guatemala, 6. Okt.** - Es ist eine Fortführung von Ermittlungen gegen eine kriminelle Organisation, die von dem in Haft verstorbenen Byron Lima Oliva angeführt wurde und die nun einen neuen Korruptionsskandal ans Tageslicht befördert hat. Und der betrifft den aktuellen und langjährigen Bürgermeister der Hauptstadt (und ehemaligen Präsidenten) Álvaro Arzú sowie einige aktuelle und ehemalige FunktionärInnen und AnwältInnen. In einer Pressekonferenz berichteten der Leiter der CICIG, Iván Velásquez Gómez, und die Generalstaatsanwältin Thelma Aldana am 5. Oktober über Details der Ermittlungen, die zur Verhaftung von elf Personen in der Hauptstadt und im Departement Alta Verapaz führten.

#### Rückblick

Am 3. September 2014 zerschlugen die Staatsanwaltschaft (MP) und CICIG ein Korruptionsnetzwerk, welches von dem Häftling Byron Lima Oliva geleitet wurde und in dem hohe FunktionärInnen der Generaldirektion des Strafrechtssystems und Privatpersonen involviert waren. Letztere erhielten wirtschaftliche Begünstigungen als Gegenleistung für Überführungen von Angeklagten. Aufgrund dieser Ermittlungen stehen einige Personen vor Gericht. Die MP und CICIG setzten ihre Ermittlungen fort und im Zuge der neuen Erkenntnisse, die die Gerichtsverfahren erbrachten, eröffneten sich ihr neue Ermittlungswege, um weitere Personen, die zu diesem Netzwerk von Lima Oliva gehörten, zu erkennen. Die Verbindung zwischen Lima Oliva und den Führungskräften der Patriotischen Partei (PP) liegt in deren gemeinsamen militärischen Karrieren begründet. Sie intensivierte sich, als die PP an die politische Macht kam. So öffnete die Nominierung von Mauricio López Bonilla als Innenminister Lima Oliva einige Türen, um seine Macht innerhalb des

Gefängnisses auszubauen. Seine Entscheidungsbefugnisse waren derart, wie sie sonst nur hohen FunktionärInnen zustehen würden, etwa das Personal innerhalb von Institutionen zu nominieren.

Im Jahre 2012 organisierte Lima Oliva die Verlegung von 127 Gefangenen in das Untersuchungsgefängnis Pavoncito. Nach einer Erklärung von Alejandra Reyes Ochoa (die in dem Fall aktiv involviert war) sagte ihr Lima Oliva, dass der pensionierte Oberst Luis Alberto González Pérez, der Direktor des Systems der Strafanstalten, ihm eine Botschaft des damaligen Innenministers López Bonilla zukommen liess, nach der die Verlegung der Angeklagten ein „Geschenk“ sei. Laut Ermittlungen stellte González Pérez das Personal ein, das Lima Oliva in der Generaldirektion vorschlug. So wurde diese Behörde Teil einer kriminellen Struktur, die Lima Oliva führte. Wer verlegt wurde, war abhängig von den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Beklagten und musste dann von González Pérez vollzogen werden. 2012 wurden sehr viel mehr solche Verlegungen nach Pavoncito durchgeführt als im Jahr zuvor. In einem Gespräch zwischen den beiden ist von Personen die Rede, die von Fraijanes II nach Pavoncito verlegt werden sollten. Einige der Beklagten zahlten ihre Verlegung in Form von Autos, welche Lima Oliva dann seinen VerteidigerInnen, darunter Moisés Galindo und Marco Antonio Rosell weitergab.

### **Was hat der Bürgermeister von Guatemala-Stadt damit zu tun?**

Während der Ermittlungen über die illegalen Aktivitäten von Lima Oliva und seinem Umfeld ab 2014 trat eine Information aus einer Razzia in der Kooperative Torre Fuerte zu Tage, die Lima Oliva aus dem Untersuchungsgefängnis Pavoncito aus betrieb. In dem Dokument sind Verträge und Zahlungen an Personen und externe Firmen vermerkt, aber auch registrierte Telefongespräche, die in Verbindung mit Verhandlungen über Verträge und Zahlungsregularien dieser Kooperative stehen. In einer Aussage gegenüber einer Richterin berichtete die bereits erwähnte Alejandra Reyes (die Lebensgefährtin von Byron Lima) Details über die illegalen Aktivitäten und über Personen, die darin verwickelt waren.

Aus all diesen Dokumenten und Aussagen ergab sich, dass einer der Hauptvertragspartner dieser Kooperative die Verwaltung von Guatemala-Stadt war. Die Verträge über Dienstleistungen selbst sind dabei noch nicht strafwürdig, aber sie sind es doch, wenn die überhöhten Rechnungen dazu dienen, die Wahlkampfkosten der Partei des Bürgermeisters, Unionistische Partei (PU) und einiger ihrer UnterstützerInnen zu tragen, und wenn städtische Mittel an Personen aus der direkten Umgebung von Byron Lima gezahlt werden.

Ebenfalls dokumentiert ist die Existenz von Schein-Arbeitsplätzen in der Stadtverwaltung der Hauptstadt, welche von der Freundin Lima Olivas, Alejandra Reyes, deren Mutter und der Witwe des Häftlings Obdulio Villanueva, bekleidet wurden. Letzter war gemeinsam mit Lima Mitglied der Präsidialgarde von Arzú, als dieser Präsident des Landes war. Alejandra Reyes erklärte, dass durch Briefe an Álvaro Arzú, in denen Byron Lima ihn mit „Señor Oro“ anspricht, belegt werden könnte, dass wirtschaftliche Forderungen bestanden, um verschiedene Ausgaben zu tragen. Die Kommunikation wurde unter dem Pseudonym "Julio" geführt. Die Schreiben wurden über Personen wie Fernando Reyes Palencia und Héctor Cifuentes an Arzú weitergegeben. Diese Information steht im Einklang mit dem Bild eines Schreibens, das aus einem Mobiltelefon von Alejandra Reyes Ochoa stammt, das an „Señor Oro“ gerichtet ist und von ihm 727.000 Quetzales (ca. 81.875 €) einfordert, um die Ausgaben für eine Operation, die Zahlung eines Rechnungsprüfers und Honorare für RechtsanwältInnen zu zahlen.

### **Was macht die Kooperative Torre Fuerte?**

Seit Mitte 2010 übernahm Byron Lima die Kontrolle über die Kooperative Torre Fuerte. Diese widmet sich unter anderem der Herstellung von Uniformen, T-Shirts und dem Aufdrucken von Logos auf verschiedene Artikel. Während der letzten Wahlkampagne verkaufte die Kooperative durch Lima Oliva und seine Freundin verschiedene Werbeartikel für verschiedene KandidatInnen und politische Parteien. Letzteres wurde durch die Telefongespräche, die Byron Lima und Leute aus seiner Umgebung im Jahr 2014 führten und durch das Bild des Schreibens aus dem Handy von Alejandra Reyes bestätigt.

### **Wie das funktionierte**

Zwischen 2013 und 2015 haben Byron Lima und Personen aus seinem nahen Umfeld ihre Artikel und Dienstleistungen an die PU und mit ihnen verbündete Parteien (CREO, TODOS, VICTORIA und GANA) geliefert, die wiederum von der Hauptstadterwaltung bezahlt wurden. Zorayda Herinx (Subdirektorin für die Unterstützung prekärer Stadtteile in der Hauptstadt) fragte bei Lima die Herstellung der Werbeartikel mit den Parteilogos an. Byron Lima gab diese Produkte über seine Freundin Alejandra Reyes und seinen Bruder Luis Alberto Lima an Zorayda. Um die Zahlungen zu leisten, forderten die beiden Blankorechnungen an, die sie in der Kommune ausfüllten, als ob die Dienstleistungen gegenüber der Stadtverwaltung getätigt worden wären.

Die Zahlung wurde aus Treuhandgeldern für die Unterstützung der Stadtplanung geleistet, d.h. mit Geld des Rathauses. Autorisiert wurde dies von Luisa María Salas, Direktorin des technischen Komitees des Treuhandfonds und oberste Justiziarin der Stadt. Herinx und Lima Oliva organisierten auch Bildungsveranstaltungen, die dazu dienen sollten, Mitglieder der PU zu gewinnen. Sie wurden ebenfalls aus öffentlichen Mitteln gezahlt. Zorayda bat darum, dass die Mitar-

beiterInnen nicht aus der Hauptstadt (wohl aber dem benachbarten Mixco) stammten, denn die Workshops hatten das Ziel, WählerInnen zu gewinnen, um die Wiederwahl von Arzú zum Bürgermeister zu sichern. In den Anhörungen berichtete sie über ihre Rolle als Zwischenhändlerin bei der Zuerkennung der vom Bürgermeisteramt angeforderten und bezahlten Güter und Dienstleistungen – alles mit dem Ziel, Propaganda für die PU und die mit ihr verbündeten Parteien machen zu können.

### **Einleitung eines Ermittlungsverfahrens und Antrag auf Aufhebung der Immunität gegenüber Álvaro Arzú**

Aufgrund der genannten Tatsachen hat Juan Francisco Sandoval, Leiter der Staatsanwaltschaft gegen die Straffreiheit (FECI), diesen Donnerstag den Antrag gestellt, die Immunität von Bürgermeister Álvaro Arzú aufzuheben, da dieser wegen der Delikte der Unterschlagung öffentlicher Gelder und der illegalen Wahlkampffinanzierung anzuklagen sei.

Wegen Betrug und Unterschlagung öffentlicher Gelder wurden verhaftet:

- Zorayda Azucena Herinx Soto, Leitende Mitarbeiterin der Stadtverwaltung,
- Luisa María Salas Bedoya (Oberste Justiziarin der Stadtverwaltung),
- Luis Alberto Lima Oliva (Bruder von Byron Lima, s.o.)
- Ana María González Ruiz (Mitarbeiterin der Stadtverwaltung)
- Militza Lorena Viera Juárez (Mitarbeiterin des Systems der Strafanstalten verhaftet).

Wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Vetternwirtschaft verhaftet wurde Luis Alberto González Pérez, ex-Leiter des Systems der Strafanstalten; wegen passiver Bestechung Oswaldo Pop Velásquez (ex-Leiter des Gefängnisses Fraijanes); wegen Geldwäsche und anderer Delikte die beiden Anwälte Marco Antonio Rossell Orozco und Moisés Eduardo Galindo Ruiz verhaftet; wegen illegaler Bereicherung die beiden Mitarbeiter in Haftanstalten, Norberto De Jesús Ortega Barco und Amado Randelí Valdez Castillo.

Zur Fahndung ausgeschrieben sind wegen Unterschlagung öffentlicher Gelder:

- Howard Yang Luke, Leiter der Verkehrsbehörde der Stadtverwaltung, Betreiber eines privaten Sicherheitsdienstes und unter Präsident Arzú Leiter des Sekretariats für Strategische Analyse des Präsidentsamtes
- Jorge Eduardo Mérida Santizo, der Bruder des Stylisten Ricardo Santizo, der in der Modefirma B-Fashion von Alejandra Reyes arbeitet. Letzterem wird vorgeworfen, Blankorechnungen für Alejandra Reyes ausgestellt zu haben, die dann Zorayda Azucena Herinx Soto von der Stadtverwaltung erhielt.

Zur Fahndung ausgeschrieben wegen aktiver Bestechung ist

- Kevin Paul Overdick Barrios alias Tigrillo (der kleine Tiger), Sohn des Drogenhändlers Horst Overdick (alias Tigre), der als Insasse im Gefängnis Fraijanes einen Mercedes an Byron Lima verschenkte, um nach Pavoncito verlegt zu werden. Tigrillo befindet sich seit 2015 auf Bewährung in Freiheit.

Zu einer ersten Vernehmung werden herbeizitiert:

- ex-Innenminister, Hector Mauricio Lopez Bonilla (wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung) sowie u.a.
- Patricia Lisbeth Orozco Maldonado, Mitarbeiterin im System der Strafanstalten (wegen Unterschlagung öffentlicher Gelder) (CICIG, Soy502, LH)

## **Neuer Präsident des Obersten Gerichtshofs ist José Pineda Barales**

**Guatemala, 13.Okt.** - Seit dem 6. Oktober hat der Oberste Gerichtshof (CSJ) einen neuen Präsidenten, der zugleich für ein Jahr der Präsident des Justizsystems (OJ) ist: José Pineda Barales tritt am 13.10. die Nachfolge von Nery Oswaldo Medina Méndez an. Er ist auch deshalb so wichtig, weil er damit auch der Berufungskommission für das Amt der Obersten Staatsanwältin vorstehen wird. Gewählt wurde er im sechsten Wahlgang. Der neue Präsident des CSJ arbeitet seit 40 Jahren im Justizsektor, beginnend als Gerichtsschreiber am Familiengericht. Später war er 1995 zum Friedensrichter ernannt. Dann war er nacheinander Richter am Arbeitsgericht von Suchitupéquez, Richter am zweiten Strafgericht ab 2004 und ab 2009 Richter in Antigua und in der zweiten Kammer des Familiengerichts.

Für Manfredo Marroquín, den Direktor der BürgerInnenaktion (AC) ist es eine sehr grosse Herausforderung, die der neue Präsident angesichts der schweren Krise der Legislative und Exekutive zu bewältigen habe. Wenn er die nicht meistere, sei auch die dritte Gewalt des Staates von der Krise betroffen. Die wichtigste Aufgabe sei es zu zeigen, dass der Justizsektor gegen Partikularinteressen bestimmter Gruppen abgeschirmt werde, insbesondere wenn es um die Wahl einer neuen Oberstaatsanwältin gehe.

Der Experte in Sicherheits- und Justizfragen, Edgar Celada von der Universität San Carlos, sagte, dass mit dieser Wahl der Pakt zwischen den beiden Gruppen innerhalb des CSJ aufgebrochen sei, da nach deren Logik die Wahl an Delia

Dávila Salazar gegangen wäre: „Es hat einige Zweifel geweckt, weil im vergangenen Jahr, als Nery Medina gewählt wurde, ein Abkommen zwischen den beiden Gruppen bestanden hat, nach dem dann im folgenden Jahr Delia Dávila dran gewesen wäre. Aber das geschah nicht. Dabei ist die jetzige Amtszeit wegen der anstehenden Wahl einer neuen LeiterIn der Staatsanwaltschaft besonders wichtig. Das weckt Argwohn und hoffentlich bestätigt Pineda diesen nicht.“ (...)

Carmen Aída Ibarra von der Bewegung für Gerechtigkeit bezieht sich ebenfalls auf die Herausforderungen, vor denen Pineda Barales steht, darunter die Reformen des Gesetzes über Justizlaufbahn. Dies sei deshalb bedeutend, weil in diesem Gesetzesprozess der neue Rat für die Justizlaufbahn einbezogen werden müsste und die RichterInnen des CSJ dann einiges an Macht verlieren würden. Auch Ibarra verwies weiterhin auf die Rolle bei der Wahl der LeiterIn der Staatsanwaltschaft.

Was die Persönlichkeit Pinedas und seine Integrität angeht, so berichten die Medien von einigen Schatten, die über ihm lägen. Das habe damit zu tun, dass alle seine Kinder ebenfalls an z.T. wichtigen Stellen im Justizsystem sitzen würden und durch seinen Einfluss weiter gefördert werden könnten. Eine seiner Töchter ist seit 18 Jahren im Justizsektor tätig und auch zwei seiner Söhne haben dort Schlüsselpositionen inne. (EP; LH)

## **Der neue Gesundheitsminister untergräbt die Anti-Korruptions-Einheit seiner Vorgängerin**

**Guatemala, 5. Okt.** - Einen Monat nach Dienstantritt hat der Gesundheitsminister Carlos Soto einige Massnahmen getroffen, die die Aufgaben der von seiner Vorgängerin geschaffenen Einheit für Transparenz und Korruptionsbekämpfung verändern. Der ehemalige Leiter dieser Institution innerhalb des Ministeriums, Mynor Melgar, kritisierte in seinem Rücktrittsschreiben diese Aktivitäten als Angriff auf die Fortschritte bei der Zerschlagung krimineller Kräfte, die seit Jahren von illegalen Geschäften im Ministerium profitiert hätten.

Melgar trat diesen Mittwoch (3. Oktober) zurück, nachdem er auf einem Posten ausserhalb dieser Antikorruptions-Einheit versetzt wurde. Diese hatte 40 Anzeigen über mögliche kriminelle Machenschaften gestellt, wie Melgar in seinem Rücktrittsschreiben beschrieb. Dabei geht es um übertriebene Preise für den Kauf von Nahrungsmitteln oder den Aufbau von Infrastruktur, um Dienstleistungen, die nicht erbracht wurden oder nicht nachgewiesene Ausgaben im Ministerium – all diese Dinge hatte die Antikorruptionseinheit im letzten Jahr dokumentiert und an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Die Einheit selbst sei nicht unterdrückt worden, aber die jüngsten Massnahmen im Ministerium untergraben deren Arbeit. Die erste von Präsident Morales eingesetzte Gesundheitsministerin, Lucrecia Hernández Mack, hatte diese Einheit im Oktober 2016 eingerichtet und den ehemaligen Staatsanwalt Mynor Melgar zu deren Leiter gemacht.

Melgar erklärte seinen Rücktritt, nachdem er von seinem Posten auf einen anderen versetzt worden war, in dem er die interministeriellen Vereinbarungen, die das Gesundheitsministerium eingegangen ist, überprüfen soll. Er trete in Sorge zurück, weil diese Antikorruptionseinheit mit seinen vier MitarbeiterInnen sehr klein sei, und die Versetzung des Leitungsperson deren Arbeit beeinträchtigen werde: „Diese Entscheidung über meine Aufgabe wird die Weiterführung der internen Untersuchungen, die die Einheit so erfolgreich vorangebracht hat und die zur Zerschlagung krimineller Strukturen innerhalb des Ministeriums und der Weitergabe an die Staatsanwaltschaft geführt hat, behindern.“

Zugleich verwies er darauf, dass es keinerlei Übergabeprozess gegeben habe, in dem er die Arbeitsweise der Einheit an das neue Personal hätte weitergeben können. Dabei sei dies doch wichtig für deren Arbeit. Die Gruppe habe verschiedene Ungereimtheiten und die Existenz zweier Strukturen gefunden, die illegale Zahlungen leisteten, um Dokumente zu bearbeiten, die Gesundheit ohne Zahlung bescheinigen. Die Funde tauchten bei der Durchsuchung von Dokumenten und durch Interviews über die internen Prozesse im Ministerium auf. Um diese Interviews im Rahmen von internen Untersuchungen auszuarbeiten, sei der Aufbau von Vertrauen notwendig, der auch inzwischen vorangeschritten war, der aber durch die jüngsten Wechsel nicht gestärkt werde, sagte Melgar.

Als Melgar am 3. Oktober mitgeteilt wurde, dass er einen neuen Posten habe, kam zugleich ein IT-Team zu ihm, das eine digitale Kopie aller Informationen zog, die er auf seinem Computer hatte – und das obwohl diese unter Zusicherung der Vertraulichkeit erstellt worden waren. „Wenn man ein Backup macht, kann man nicht kontrollieren, welche Augen diese Informationen noch zu sehen bekommen“, sagt Melgar. (...) „Das bringt die InformantInnen in Gefahr.“ Ein weiterer Aspekt, der die Aufmerksamkeit von Melgar fand, war eine Veränderung, die ein paar Tage nach den Veröffentlichungen im *El Periódico* stattfand, in denen über die Briefe berichtet wurde, die Abgeordnete und andere FunktionärInnen an das Gesundheitsministerium sandten, um dort neue Stellen zu besetzen. „Es gibt Untersuchungen, die lokale Autoritäten im Gesundheitsbereich, BürgermeisterInnen, GouverneurInnen und andere betreffen. In Guatemala ist es weiterhin kompliziert, die Interessen dieser Gruppen zu tangieren. Ich glaube daher, dass versucht wird, die Arbeitskraft dieser Einheit herunterzufahren.“ (EP)

## **Auf dem Weg zu Kontrollinstanzen über die Wahlkampffinanzierung**

**Guatemala, 9. Okt.** - Gerson Giovanni Rodríguez, ein 36-jähriger Rechnungsprüfer mit langjährigen Erfahrungen in der Obersten Wahlbehörde (TSE), wird eine multidisziplinäre Gruppe leiten, die aus fast 40 Personen besteht und deren Aufgabe sein soll, zu kontrollieren, ob die Finanzberichte der politischen Parteien wahr sind bzw. um herauszufinden, wer die wirklichen SpenderInnen der Parteien sind. In der Gruppe befinden sich KriminologInnen, ÖkonomInnen, SystemingenieurInnen, RechnungsprüferInnen und AnwältInnen. Sie wird Spezialeinheit für die Kontrolle und Besteuerung der politischen Parteien der TSE heißen und wird technisch von der CICIG unterstützt. Es ist vorgesehen, dass sie im kommenden Jahr ihre Arbeit aufnehmen und ihre Aufgaben vollkommen während der Wahlen 2019 übernehmen wird.

Der neuen Institution werden verschiedene andere Behörden zuarbeiten, so werde es z.B. einen Austausch mit der Steuer- und Bankenaufsicht geben. Sie soll auch Daten über die Parteienfinanziers erhalten und woher deren Beiträge stammen. „Was wir versuchen wollen, ist einen gleichberechtigteren Parteienwettbewerb zu bekommen, d.h. sicherzustellen, dass in allen Fällen gleiche Bedingungen herrschen oder dass BürgerInnen, die für Ämter kandidieren wollen, auch teilhaben können. Wir versuchen zu erreichen, dass die Kontrolleinheit herausfindet, welche Personen die Kampagnen der politischen Parteien finanzieren“, erklärt Rodríguez.

Diese Einheit hat freilich keine Sanktionsmacht, aber sie kann Untersuchungen anstellen und wenn sie Irreguläres in den Finanzberichten feststellen, können Sie den InspektorInnen der TSE empfehlen, eine Anzeige gegenüber der Staatsanwaltschaft für Delikte bezüglich der Wahlen zu stellen. Mit letzterer würde eine enge Kooperation bestehen: „Es werden interne Protokolle über unsere Feldarbeit angefertigt, um Fälle zu finden, in denen die TSE vorstellig werden muss, mit denen die Parteien kontrolliert werden. Denn bisher waren die Möglichkeiten der Kontrolle und Sanktionierung der Parteien sehr schwach“, sagte der Direktor.

Als am vergangenen 24. August CICIG und MP eine grosse Untersuchung in Bezug auf alle Parteien, die an den Wahlen 2015 teilnahmen, ankündigten, erinnerte der Leiter der CICIG, Iván Velásquez daran, dass eine solche Kontrolleinheit sowie eine weitere gegenüber den Medien gegründet werden solle. Beide Büros wurden von der Internationalen Kommission in ihrem Bericht über die Wahlkampffinanzierung in Guatemala anempfohlen. Diese Studie kam zu dem Schluss, dass es im Land verschiedene Formen der illegalen Wahlkampf- und Parteienfinanzierung gebe.

Die andere Einheit, die innerhalb der TSE aufgebaut werden soll, ist die Spezialeinheit über die Medien und Meinungsforschung, die von dem Politologen Renzo Rosal geleitet werden soll. Dabei geht es um die Überwachung und Kontrolle der Medien im Hinblick darauf, dass es eine gleiche Verteilung von Werberäumen für alle KandidatInnen geben wird. Die Kosten werden von der TSE im Einklang mit den Reformen des Gesetzes über Wahlen und politische Parteien, die im vergangenen Jahr verabschiedet worden waren, gezahlt. (EP)

## **Jimmy Morales lehnt die Rücktritte der drei MinisterInnen ab, so bleiben sie im Amt**

**Guatemala, 10. Okt.** - Es gab ein langes Hin und Her. Rücktritt, weil die Gestaltungsmöglichkeiten im Ministerium nicht mehr gegeben seien, dann Ablehnung des Rücktritts durch den Präsidenten. Dann gab es Gespräche zwischen den rücktrittswilligen MinisterInnen und deren Kabinettschef. Julio Héctor Estrada bleibt Finanzminister, Francisco Rivas Lara Innenminister und Leticia Teleguario Arbeitsministerin.

Estrada erklärte, dass er ein Konsens darüber erzielt habe, Reformen voranzubringen, etwa die bezüglich der obersten Steuerbehörde SAT. Zudem sollten internationale Institutionen diese von ihm geplanten institutionellen Reformen in ihren Bemühungen, Entwicklungsprogramme zu fördern, berücksichtigen.

Rivas Lara sagte, dass die Entscheidung, doch in der Regierung zu bleiben, damit zu tun habe, dass es „einen ehrlichen und klaren Dialog“ mit dem Präsidenten gegeben habe und dadurch neue Möglichkeiten eröffnet würden, mit seiner Arbeit so fortzufahren, wie er es für sein Ministerium vorgesehen habe.

Und auch Teleguario sprach davon, dass die Arbeitsspielräume, die sie vor drei Wochen bei ihrem Rücktritt als fraglich analysiert hatten, sich nun wieder aufgetan hätten. (EP)

## Rezension: Eva Kalny „Soziale Bewegungen in Guatemala – eine kritische Theoriediskussion“

Die im Campus-Verlag in Frankfurt erschienene Habilitationsschrift für die Universität Hannover von Eva Kalny zeigt „an Hand von Frauenbewegungen, indigenen Bewegungen und Kämpfen um Ressourcen auf, wie die Verfasstheit des Staates Rahmenbedingungen für soziale Bewegungen setzt und wie dies in ausgewählten Theorien sozialer Bewegungen Eingang finden kann“ (Klappentext).

Die Privatdozentin Dr. Eva Kalny, als Lehrkraft an deutschen und österreichischen Universitäten tätig, war bereits in den 1990er Jahren in Guatemala und hat diese Erfahrungen um einerseits ein intensives Literaturstudium, andererseits durch weitere Recherchen und Gespräche in Guatemala erweitert. Dabei diskutiert sie nicht nur die verschiedenen Definitionen von Sozialen Bewegungen und ihren Abgrenzungen zu Nicht-Regierungsorganisationen oder Bewegungsorganisationen, sondern sie bringt die Arbeit der sozialen Bewegungen, die es in der neueren Geschichte Guatemalas gegeben hat, zusammen mit den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen des Staates. Sie verortet sie in die Theorienansätze „failed state“, „paralleler Staat“ und „Staat als Finca“. Sie analysiert, dass die sozialen Bewegungen sich weiterhin an den – eher schwachen – staatlichen Institutionen „abarbeiten“, während sie die Verflechtungen des Staates mit kriminellen Kräften – wie sie ja gerade öffentlich aufgearbeitet werden – noch nicht in ihre Strategien aufgenommen habe. Sie diskutiert schliesslich auch verschiedene Ansätze für die Analyse von sozialen Bewegungen, etwa den der Ressourcenmobilisierung und das Framing. Von einigen wenigen Zeiten abgesehen seien die Möglichkeiten sozialer Bewegungen zu agieren angesichts der Gewalt des Staates und/oder mächtiger Gruppen wie des Militärs oder Unternehmen, kaum bis gar nicht vorhanden gewesen. Während der 1980er Jahre sind die sozialen Bewegungen fast ausgelöscht worden. Dennoch habe es – dank internationaler Solidarität, nationaler Hilfen (z.B. durch Katholische Kirche) und der internen Vernetzung – Aktivierung marginalisierter Gruppen gegeben, allerdings (noch) keine einende Identität der Bewegungen.

Kalny schreckt bei allem bei ihr durchscheinenden Wohlwollen den sozialen Bewegungen gegenüber nicht davor zurück, auch die internen Ausgrenzungen zwischen mestizischen und indigenen, zwischen Mittelschicht-FeministInnen und indigenen Frauenbewegungen oder zwischen städtischen und ländlichen Bewegungen zu benennen („intersektionale Ausgrenzung“). Sie plädiert dafür, bei Studien über soziale Bewegungen nicht nur die progressiv ausgerichteten Bewegungen zu erforschen, sondern auch jene, die im Umfeld anderer mächtiger Kräfte agieren (z.B. NGOs, die zur Geldwäsche genutzt werden).

Das Buch liest sich – anders als manch andere sozialwissenschaftlichen Habilitationsschriften – sehr flüssig. Insbesondere die Ausführungen zu den sozialen Bewegungen (Frauen, indigene, LandverteidigerInnen gegen Grossprojekte) sind sprachlich gesehen eher journalistisch gehalten, ohne freilich die Verknüpfung mit Theorien zu vernachlässigen. Was wirklich schade ist, ist, dass zwischen der Abfassung der Schrift (2014) und ihrer Veröffentlichung (2017) drei Jahre vergingen, in denen sich einiges von dem, was Kalny sehr undifferenziert über das Justizwesen und staatliche AkteurInnen schreibt (dass die parallelen Kräfte öffentlich nicht thematisiert werden), verändert hat (CICIG sei Dank). Insgesamt ist dieses Buches freilich sehr zu empfehlen.

*Eva Kalny, Soziale Bewegungen in Guatemala, Eine kritische Theoriediskussion, Campus-Verlag, 45,00 €.*

### ¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

### Redaktion:

Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

### Jetzt auch auf Facebook: [www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

### Abo-Verwaltung: [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

**Achtung:** Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6